

BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL
BAS**

FÜR DUISBURG IN BERLIN.



**MAHMUT
ÖZDEMİR**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.



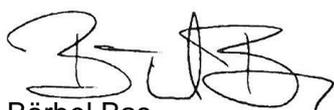
Liebe Leserinnen und Leser,

Die SPD-Fraktion steht für eine Politik der finanz- und wirtschaftspolitischen Vernunft. Für uns sind solide Staatsfinanzen und mehr Investitionen in Bildung, öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz und Städtebau sowie einer spürbaren Entlastung für die Kommunen kein Widerspruch. Nur dann bleiben wir handlungsfähig und sichern auch künftig Arbeitsplätze. Die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2016 und die Finanzplanung bis 2019 zeigen, dass wir an diesem Kurs festhalten: Die SPD hat eines der größten Finanzpakete für Kommunen seit Jahrzehnten durchgesetzt.

Ein weiteres Ereignis der vergangenen Sitzungswoche war der internationale Equal Pay Day. Dieser markiert in jedem Jahr den Tag, an dem Frauen das Gleiche verdient haben wie Männer zum 31. Dezember des Vorjahres. In diesem Jahr fiel der Tag auf den 20. März. Die SPD-Fraktion hat den Aktionstag genutzt, um gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) vor dem Brandenburger Tor gegen geschlechterbedingte Lohndiskriminierung zu demonstrieren – und ihren Einsatz für ein Entgeltgleichheitsgesetz zu unterstreichen.

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren die Stärkung der Gesundheitsförderung, der Eurogipfel in Brüssel zum Thema Griechenland, die Stärkung der Sicherheit informationstechnischer Systeme sowie eine aktuelle Studie des DIW zu den möglichen Chancen einer Finanztransaktionssteuer.

Viel Spaß beim Lesen wünschen


Bärbel Bas


Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

HAUSHALT Vorfahrt für kommunale Entlastung und Investitionen	3
GLEICHSTELLUNG Equal Pay Day: SPD-Fraktion kämpft für gleichen Lohn	4
GESUNDHEIT Neues Präventionsgesetz stärkt betriebliche Vorsorge	6
EUROPÄISCHE RAT Reformen in Griechenland sind dringend nötig	6
FINANZEN DIW-Studie stärkt SPD-Forderung nach Finanztransaktionssteuer	8
INNERES Sicherheit für IT-Systeme erhöhen	10

TOP-THEMA

HAUSHALT

Vorfahrt für kommunale Entlastung und Investitionen

Die SPD-Fraktion bleibt verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden. Mit Erfolg haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Entlastung der Kommunen bereits 2017 um weitere 1,5 Milliarden Euro auf insgesamt 2,5 Milliarden Euro steigt und dann 2018 mit 5 Milliarden Euro ihre volle Höhe erreicht. Um Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu unterstützen, stellen wir darüber hinaus 2015 und 2016 insgesamt 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die vollen Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen übernimmt.

Zudem unterstützen wir die finanzschwachen Kommunen. Um die Investitionskraft finanzschwacher Städte und Gemeinden zu stärken, wird ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro aufgelegt. Die Mittel werden bis 2018 zielgenau in Abhängigkeit von Arbeitsmarktsituation, Kassenkrediten und Bevölkerungszahl ausgeschüttet. Dadurch sorgen wir dafür, dass auch Kommunen mit angespannter Kassenlage in ihre wirtschaftliche Zukunft investieren können. Dabei stellt der Bund 90% der Förderung bereit, so dass die Kommunen



oder die jeweiligen Länder nur 10% Eigenmittel aufbringen müssen. Das ist besonders wichtig für Duisburg.

Gemeinsam mit den diversen anderen Entlastungen der Kommunen - etwa durch die volle Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder die je 500 Millionen Euro in 2015 und 2016 zur Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen – entlastet die SPD in der Großen Koalition die Kommunen bis 2018 um mehr als 25 Milliarden Euro.

Zusätzlich stocken wir die Mittel für Investitionen in die Verkehrswege und in ein schnelles Internet nochmals deutlich um über 4,3 Milliarden Euro auf. Die Erlöse aus der Versteigerung von Frequenzen werden zudem für den Breitbandausbau genutzt. Unterm Strich erhöhen wir damit die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur doppelt so stark wie ursprünglich im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Des Weiteren haben wir höhere Investitionen in Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebau durchgesetzt: Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz wird mit zusätzlichen 1,2 Milliarden Euro vorangetrieben. Die Mittel für den Klima- und Hochwasserschutz sowie den Städtebau werden um über 1 Milliarde Euro aufgestockt.

Wir haben zudem erreicht, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-Quote bis 2019 deutlich um rund 8,3 Milliarden Euro aufwachsen. Auch werden mehr Mittel bereitgestellt, um die nationalen Sicherheitsbehörden beim Schutz gegen Terror besser aufzustellen.

Der Informationsflyer der SPD-Bundestagsfraktion steht hier zum Download bereit:

http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/web_kommunen_032015.pdf

GLEICHSTELLUNG

Equal Pay Day: SPD-Fraktion kämpft für gleichen Lohn

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer. Damit liegt der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen ("Gender Pay Gap") seit mehr als 15 Jahren über 20 Prozent. Innerhalb der 28 EU-Staaten sind die



Gehaltsunterschiede nur in Österreich und Estland noch größer. Echte Gleichstellung sieht anders aus.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Deshalb muss auch an vielen Stellen angesetzt werden, damit Frauen mehr verdienen können. Mit dem Mindestlohn, der gesetzlichen Frauenquote, dem Kita-Ausbau und dem ElterngeldPlus hat der Bundestag auf Initiative der SPD-Fraktion bereits wichtige Maßnahmen umgesetzt. Fakt ist aber auch: Mindestens ein Drittel der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ist auf Einkommensdiskriminierung zurückzuführen, das heißt, Frauen werden bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit schlicht benachteiligt.

Auf diesen Missstand machte eine zentrale Kundgebung vor dem Brandenburger Tor am 20. März aufmerksam, zu der der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Frauenrat und der Sozialverband Deutschland aufgerufen hatten. Mit dabei waren unter anderem Bundesfrauenministerin Schwesig und SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

5

Entgeltgleichheit im Koalitionsvertrag vereinbart

Damit endlich Schluss ist mit einer derart hohen Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion schon seit langem eine gesetzliche Regelung – und hat im Koalitionsvertrag erfolgreich ein „Gesetz zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern“ durchgesetzt.

Demnach sollen Unternehmen ab 500 Beschäftigten künftig in einem Bericht zur geschlechtsspezifischen Entgeltgleichheit Auskunft geben müssen. Zudem sollen jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter das Recht bekommen, das Durchschnittsgehalt der Kollegen mit vergleichbarer Tätigkeit zu erfragen. Das soll Druck auf die Betriebe machen. Nur dort, wo betriebliche Entgeltstrukturen offen gelegt werden, kann Lohndiskriminierung abgestellt werden. Erwiesene Diskriminierung sollen die Unternehmen mit verbindlichen Verfahren beseitigen. Auf dieser Grundlage können die Tarifpartner Lohngerechtigkeit schaffen.

Der Equal Pay Day 2015 zeigt: Die SPD-Bundestagsfraktion und die Ministerin haben mit ihrer Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ein breites Bündnis hinter sich.



GESUNDHEIT

Neues Präventionsgesetz stärkt betriebliche Vorsorge

Vergangene Woche fand die erste Lesung des Präventionsgesetzes im Deutschen Bundestag statt. Die SPD hat viele Jahre für ein Präventionsgesetz gekämpft und jetzt beginnt endlich die parlamentarische Beratung.

In unserer alternden Gesellschaft sind Gesundheitsförderung und Prävention wichtiger denn je. Wir müssen Krankheiten vermeiden, bevor sie entstehen. Dafür sollen Prävention und Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen erfolgen: in Kitas, Schulen, im Betrieb oder Pflegeheim. Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsvorsorge sollen enger verknüpft werden, Früherkennungsuntersuchungen fortentwickelt und das Impfwesen gefördert werden.

Zu dem Regierungsentwurf hat die SPD-Bundestagsfraktion noch einige offene Fragen: Uns geht es vor allem um mehr Qualität in den Präventionsangeboten und wir wünschen uns ein Budget für Präventionsforschung. Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sollten bei der Prävention vornehmlich Steuermittel zum Einsatz kommen und alle Träger miteinbezogen werden - also auch die Private Krankenversicherung.

Konkret sieht der Gesetzentwurf vor, dass Krankenkassen mindestens zwei Euro jährlich für jeden Versicherten ausgeben müssen, um Betriebe bei der Gesundheitsförderung zu unterstützen. Insgesamt sollen die Krankenkassen ab 2016 mindestens sieben Euro jährlich pro Versicherten für Gesundheitsförderung und Prävention ausgeben. Künftig sollen zudem Pflegebedürftige, die in Pflegeheimen wohnen, Anspruch auf Präventionsleistungen erhalten. Bis zum Sommer soll das Gesetz vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat beschlossen werden.

EUROPÄISCHER RAT

Reformen in Griechenland sind dringend nötig

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sind diese Woche zu einem Gipfel in Brüssel zusammengekommen. Ein Schwerpunkt der Gespräche war die aktuelle Situation Griechenlands. Dazu sprach SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann am Donnerstagmorgen vor dem Parlament.



Er wandte er sich dem Thema Griechenland zu und warnte vor weiteren deutsch-griechischen Spannungen. Auch wenn die Verhandlungen über europäische Hilfen und Reformauflagen für Athen hart werden dürften, seien sie so zu führen, „dass die Freundschaft zwischen Deutschland und Griechenland daran nicht zerbricht“. Er forderte von der Regierung in Athen Reformen des Steuerwesens und einen Kampf gegen Korruption. Gespräche über Hilfspakete mit Forderungen nach Reparationen an Deutschland zu vermischen, sei deplatziert. Der Fraktionsvorsitzende mahnte, Griechenlands Probleme innerhalb des Euro zu lösen. Ein Ausscheiden hätte drastische Folgen. Oppermann: „Es geht um die Frage, ob Europa in dieser schwierigen Situation zusammenbleibt oder auseinanderfällt.“

Alle müssen zusammenarbeiten

Oppermann hofft, dass auf dem Gipfel „alle miteinander daran arbeiten, die Probleme Griechenlands innerhalb der Euro-Zone zu lösen“. Dabei müsse man allerdings, und zwar entgegen aller links- oder rechtspopulistischen Propaganda, klar darauf hinweisen: „Diese Probleme hat nicht die Europäische Union, nicht die Euro-Zone und auch nicht die Bundesregierung verursacht, sondern das Schulden- und Finanzdesaster in Griechenland ist in erster Linie auf das jahrzehntelange Wirken korrupter politischer und ökonomischer Eliten zurückzuführen.“

7

Der SPD-Fraktionschef begrüßt, dass Bundeskanzlerin Merkel mit dem griechischen Ministerpräsidenten Tsipras in Berlin zusammenkommt, um über Lösungen zu sprechen. Er machte deutlich: „Nur wenn diese Reformen ernsthaft in Angriff genommen werden, machen weitere Hilfen für Griechenland überhaupt einen Sinn.“ Und die persönlichen Angriffe der griechischen Regierung auf Bundesfinanzminister Schäuble „sind absolut unangemessen“, betonte Oppermann.

Frage der Reparationen geklärt

Er teilt die rechtliche Beurteilung der Bundesregierung, dass alle Reparationsfragen einschließlich Zwangsanleihen durch die so genannten Zwei-plus-Vier-Gespräche rechtlich abschließend geregelt sind. Klar ist für ihn aber auch: „Die Verbrechen der nationalsozialistischen Besatzungsmacht haben kein Verfallsdatum, dafür tragen wir Verantwortung, unabhängig davon, ob Reparationen gezahlt worden sind oder Ansprüche auf Reparationen bestehen.“



Oppermann lobte die Gründung des Deutsch-Griechischen Jugendwerkes und die Stiftung Zukunft, die den Jugendaustausch fördert und Versöhnungsprojekte voranbringt.

Mit Blick auf die Energieunion, ein weiteres Thema des Europäischen Rates in Brüssel, sagte der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dirk Becker in der Debatte, der Emissionshandel als Instrument müsse beibehalten, aber optimiert werden. Die Politik müsse besser erklären, was sie energiepolitisch will. Das Sorge nicht zuletzt in ganz Europa für mehr Akzeptanz der Energiewende.

FINANZEN

DIW-Studie stärkt SPD-Forderung nach Finanztransaktionssteuer

Eine Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten würde Milliarden Euro bringen und für mehr Gerechtigkeit sorgen. Eine Studie im Auftrag der SPD-Fraktion kommt zu bemerkenswerten Ergebnissen.

Eine Finanztransaktionssteuer könnte Deutschland jährlich Milliarden Euro an Mehreinnahmen beschern. Sie würde zu mehr Gerechtigkeit führen. Sie würde endlich diejenigen an den Kosten der Finanzkrise beteiligen, die sie mitverursacht haben. Sie würde für mehr Stabilität und fiskalischer Harmonisierung in der EU sorgen.

Eine Finanztransaktionssteuer (FTT) ist eine Steuer auf börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen. Im September 2011 legte die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag für eine harmonisierte Finanztransaktionssteuer in der gesamten Europäischen Union vor. Großbritannien und Schweden lehnten ab, sodass keine Einigung über eine EU-weite Finanztransaktionssteuer erzielt werden konnte. Daraufhin entschlossen sich elf Mitgliedstaaten – auf Druck der SPD-Fraktion auch Deutschland –, die Finanztransaktionssteuer im Wege der verstärkten Zusammenarbeit einzuführen.

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft gemeinsam mit anderen sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen in Europa weiter für eine umfassende Steuer. Aus diesem Grund haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen Forschungsauftrag an das Deutsche



Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) mit der Frage vergeben, welche fiskalischen und ökonomischen Auswirkungen eine nur eingeschränkte Finanztransaktionssteuer hätte.

Die Studie kommt zu bemerkenswerten Ergebnissen. Hier ein Überblick:

Bei Steuersätzen von 0,1 Prozent für Wertpapiere und 0,01 Prozent für Derivate ergibt sich für Deutschland ein mögliches Aufkommen zwischen 18 und 44 Milliarden Euro.

Werden Derivate nicht besteuert, geht das Aufkommen aus der Steuer in Deutschland um mehr als 90 Prozent zurück. Auch der Handel mit Staatsanleihen sollte besteuert werden.

Die Steuer muss aus einer Kombination von Ausgabe- und Ansässigkeitsprinzip erhoben werden, sonst drohen weitere erhebliche Einbußen. So würden einerseits Finanzprodukte besteuert, welche in Staaten ausgegeben wurden, die die Finanztransaktionssteuer erheben. Andererseits aber auch solche Transaktionen, die von den Händlern getätigt werden, die ihren Sitz im Geltungsbereich der Steuer haben.

Ein Stufenmodell, bei dem mit zeitlichem Abstand erst nach und nach Finanzprodukte in die Steuer einbezogen werden, lädt zu Ausweichreaktionen ein und ist deshalb nicht zu empfehlen.

Klar ist, dass es noch viel Arbeit und Überzeugungskraft brauchen wird, die Verhandlungen erfolgreich zum Ende zu bringen. Frankreich hat sich bewegt. Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) muss jetzt den neuen Schwung nutzen und unverzüglich die Chancen auf eine Einigung in Europa ausloten.

Die komplette Studie lässt sich hier herunterladen:

http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/gutachten_fts-2015_feb18-final.pdf



INNERES

Sicherheit für IT-Systeme erhöhen

Die Bundesregierung hat am Freitag einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, mit dem eine signifikante Verbesserung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheit) in Deutschland erreicht werden soll (Drucksache 18/4096).

Die Nutzung informationstechnischer Systeme (IT-Systeme) und des Internets mit seinen vielfältigen Angeboten durchdringen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in immer größerem Maße. Bedeutende Teilbereiche des privaten und öffentlichen Lebens werden zunehmend ins Netz verlagert oder von diesem beeinflusst. Quer durch alle Branchen ist schon heute mehr als die Hälfte aller Unternehmen in Deutschland vom Internet abhängig.

Gleichzeitig wachsen die Abhängigkeit von IT-Systemen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und individuellen Bereich und damit die Bedeutung der Verfügbarkeit und Sicherheit der IT-Systeme sowie des Cyberraums insgesamt.

Die IT-Sicherheitslage in Deutschland ist weiterhin angespannt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhält und analysiert – u. a. in dem 2011 gegründeten Cyberabwehrzentrum – kontinuierlich eine Vielzahl von Informationen zur aktuellen Bedrohungssituation im Cyberraum. Die Angriffe erfolgen zunehmend zielgerichtet und sind technologisch immer ausgereifter und komplexer.

Systeme der IT-Sicherheitslage anpassen

Die vorgesehenen Neuregelungen in dem nun eingebrachten Gesetzentwurf dienen dazu, die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Authentizität datenverarbeitender Systeme zu verbessern und die Systeme der IT-Sicherheitslage anzupassen. Ziel des Gesetzes ist die Verbesserung der IT-Sicherheit von Unternehmen, der verstärkte Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Internet und in diesem Zusammenhang auch die Stärkung von BSI und Bundeskriminalamt (BKA).

Besondere Bedeutung kommt bei der IT-Sicherheit denjenigen Infrastrukturen zu, die für das Funktionieren unseres Gemeinwesens zentral sind. Der Schutz der IT-Systeme solcher so genannten Kritischen Infrastrukturen und der für den Infrastrukturbetrieb nötigen Netze ist



daher sehr wichtig. Deren Betreiber sind zu verpflichten, einen Mindeststandard an IT-Sicherheit einzuhalten und dem BSI IT-Sicherheitsvorfälle zu melden. Im Gegenzug profitieren diese Betreiber von den Meldungen der anderen Betreiber und deren Bewertung durch das BSI.

Bei den Telekommunikationsnetzbetreibern werden Zuverlässigkeitsanforderungen eingeführt. Hinzu kommen weitere Pflichten für Telekommunikations- und Telemediendiensteanbieter zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Im parlamentarischen Verfahren und bei der Anhörung zum Gesetzentwurf wird die SPD-Fraktion prüfen, ob noch Änderungsbedarf entsteht, um die Ziele der Vorlage auch wirklich zu erreichen.